

## Unsere Leser schreiben ...

Hier haben unsere Leser das Wort, klar kann jeder seine Meinung sagen, so lange sich dies mit dem Pressegesetz deckt, keine Beleidigungen und persönliche Angriffe enthält und keine persönlichen Streitigkeiten zum Inhalt hat. Die Meinung der Leserbriefe muss sich nicht mit der Ansicht der Redaktion decken. Anonyme Briefe können nicht veröffentlicht werden. Für notwendige Änderungen und Kürzungen bitten wir um Verständnis.

## ...uns ihre Meinung

### Grenze ziehen!

Ich finde es richtig, dass sich Sozialreferent LR Christian Ragger bemüht, die Mindestsicherung für Ausländer zu begrenzen.

Denn die Ausgaben der Gemeinden und des Landes für die Sozialhilfe an Ausländer explodieren seit 2006. Würden in diesem Jahr knapp eine Million Euro dafür aufgewendet, sind es heuer bereits über fünf Millionen Euro.

Es ist auch ein Faktum, dass sich ein Ausländer, der mit Ehefrau und drei Kindern bisher 2.500 netto monatlich an Sozialhilfe bekommt, wenig motiviert um eine Beschäftigung bemühen wird, mit der er ein solches Einkommen kaum erzielen wird.

In der Sozialhilfe ist das Abstandsgebot ein wesentlicher Faktor. Wenn jene, die arbeiten, zusehen müssen, wie andere, die keiner Beschäftigung nachgehen, gleich viel Geld erhalten, gerät das System in eine Krise.

Im Sinne einer langfristigen Tragfähigkeit unseres Sozialsystems müssen diese Parameter beachtet werden.

Wenn ich LR Ragger richtig verstanden habe, bekennt er sich zum Versorgungsauftrag, die natürlich auch eine Grundversorgung für Ausländer enthält, aber nicht auf demselben Niveau wie die Mindestsicherung für alle Kärntnerinnen und Kärntner.

FPK-GR Kerstin Maier, St. Paul

### Kärntner zuerst

Ist es angemessen, wenn eine 61-jährige geschiedene Kärntnerin, die mehrere Kinder großgezogen hat in der Sozialhilfe nur dieselben Ansprüche hat wie ein Tschetschene oder Afghane, der sich erst seit ein paar Wochen in Kärnten aufhält?

Ich glaube, dass es hier Unterschiede geben muss. Deshalb stimme ich dem Sozialreferenten LR Mag. Christian Ragger zu, dass er beim Mindestsicherungsgesetz Unterschiede machen will.

Als man die Kärntner Mindestsicherung eingeführt hatte, lautete eines ihrer Ziele, Familien vermehrt zu unterstützen. Doch die Realität hat gezeigt, dass davon in erster Linie Tsche-tschenen und andere Ausländer profitiert haben.

Es ist LR Ragger zu danken, dass er hier Änderungen vorgenommen hat. Für mich liegt eine der wichtigsten Aufgaben der Mindestsicherung darin, dass sie für all jene Kärntnerinnen und Kärntner, die aufgrund der Finanzkrise ihre Arbeit verloren haben, ein Auffangnetz darstellt. Zuschüsse zur Notstandshilfe sollten ein Schwerpunkt sein. Es ist zweifellos notwendig, dass Ausländer in Kärnten eine Grundsicherung erhalten, aber die zentrale Aufgabe der Mindestsicherung ist die Unterstützung der Kärntnerinnen und Kärntner. Kärntner zuerst - das sollte die Leitlinie der Kärntner Politiker sein!

Viktoria Stefan, 9400 Wolfsberg

### Ökonomisches Denken und Asylsuchende

Es ist nachgerade erstaunlich, wie die herrschenden Politikasten sich winden, drehen und letzten Endes emotional verantwortungslos Angst schüren statt abzubauen helfen durch sachlich gebotene zukunftsorientierte Lösungsansätze. Eine relativ frisch renovierte und sehr gut erhaltene ehemalige Kaserne steht jahrelang leer. Das AMS und mindestens 130 fixe Dauerarbeitsplatzsuchende (die Zulieferbetriebe nicht eingerechnet) wären dankbar, wenn dieses Juwel für die verzweifelt einen Standort für Asylwerber suchende Innenministerin mit noch dazu billigstem Steuergeld-Adaptierungseinsatz zweckbestimmt würde. Die Infrastruktur in Bezug auf medizinische Versorgung, Pflege, Beratung usw. wäre ohne großen Transportaufwand ökonomisch, ökologisch und sozial angemessen, sehr billig aus dem Steuersäckel zu bewerkstelligen. Noch dazu hielte sich das so genannte Warten auf

eine Entscheidung durch angeordnetes Nichtstun in menschlich verkraftbaren Zeiträumen, wenn die Asylverfahren laut Innenministerin in Zukunft wesentlich schneller vorstatten gehen würden. In unserer überschaubaren Region wäre das eine sinnvolle Überlegung, da wir kein städtischer Großraum mit allen bekannten Problemfeldern sind. Aus Erfahrung wissen wir, dass sehr viele der anerkannten Asylsuchenden dann abwandern und nicht hier in der Region ihre Zelte aufschlagen, da für sie, im Gegensatz zur einheimischen Bevölkerung, die Bindung an das Lavanttal relativ gering ist.

Karl Mitterer, Michaelsdorf 18,  
9431 St. Stefan

### Zum 50. Hochzeitstag

Johann und  
Elisabeth  
Steinkellner

Alles erdenklich Gute  
wünschen Euch die  
Kinder, Schwiegerkinder,  
Enkel und Urenkel



### Weihnachtsfeier der Leonharder Senioren

Die Weihnachtsfeier der Ortsgruppe Bad St. Leonhard des PVÖ wurde im Saal des Gasthofes Geiger mit einem Adventlied und einem Lied zum Gedenken an das kürzlich verstorbene Chormitglied Juliane Baumgartner vom Pensionistenchor unter der Leitung von Katharina Steinkellner begonnen. Nach den beiden Liedvorträgen begrüßte der Vorsitzende Franz Zuber die zahlreich erschienenen Mitglieder der Ehrengäste Stadtpfarrer Walter Oberguggenberger, Bürgermeister Simon Maier, Bezirksvorsitzenden Werner Miklautz, den Leiter der Sparkasse Bad St. Leonhard, Heinz Luger, den Ehrenobmann Franz Walz und von der Ortsgruppe Reichenfels Frau Seidlinger.

Nach besinnlichen Worten des Stadtpfarrers gab es die Grußworte der Ehrengäste, Werner Miklautz überbrachte Grüße der Bezirksorganisation und bedankte sich für die Arbeit in der Bad St. Leonharder Ortsgruppe. Versöhnt wurde die Weihnachtsfeier nicht nur mit Liedern durch den Pensionistenchor, sondern auch mit Gedichten, gereimt und vorgetragen von einem Mitglied der Ortsgruppe, der Mundartdichterin Sieglinde Wernigg.

In seinen Schlussworten dankte der Vorsitzende Franz Zuber allen Funktionären für die Mitarbeit in der Ortsgruppe und mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Leise rieselt der Schnee“ endete der offizielle Teil der Weihnachtsfeier.

### Bildungsheim Sodalitas

Am Dienstag, 12. Jänner, 19 Uhr, Glaubensgespräch - 1. Abend, „Der Skandal des Kreuzes - Die Passionsgeschichte als historisches und theologisches Problem“, Referent: Dr. Franjo Vidovic.

Am Donnerstag, 14. Jänner von 9.30 - 16 Uhr, Seminar „Vom Geschenk und Bürde eines langen Lebens“ - Hochaltrigkeit zwischen Lebensbejahung und Lebensmüdigkeit, Vortragende: Univ.-Prof. Dr. mult. Hilariön G. Pezold, Düsseldorf und Prim. Dr. Thomas Platz, Klagenfurt.

Vom Freitag, 15. Jänner, um 16 Uhr bis Samstag, 16. Jänner, um 16 Uhr, Vertiefungsseminar „Gewaltfreie Kommunikation nach Marshall Rosenberg“, Referent: Mag. Gabriele Gössnitzer.

Am Sonntag, 17. Jänner, um 18 Uhr, Eröffnung der Ausstellung in der Großen Galerie, Photoausstellung Terra Sancta „Auf der Suche nach Frieden“, Künstlerin: Claudia Henzler.

Am Montag, 18. Jänner, um 19 Uhr, „Yoga - Harmonie von Körper, Seele und Geist“, Leiterin: Christine Morri, um Voranmeldung wird gebeten.

Am Dienstag, 19. Jänner, um 19 Uhr, Glaubensgespräch - 2. Abend „Das Gottesbild u. die Jenseitsvorstellungen im Christentum und in der modernen Welt“, Referent: Dr. Franjo Vidovic.

## Lavamünd:

# Anhebung der Müllgebühren trotz Abgangs mehrheitlich abgelehnt

Wenig erfreulich ist der Ausblick der Marktgemeinde Lavamünd auf die finanzielle Situation in den nächsten Jahren. Die Gemeinde möchte unter anderem deshalb vom Land Zugriff auf den sogenannten „Schotterschilling“ erhalten. Andererseits wurde die dringend nötige Anhebung der Müllgebühren mehrheitlich abgelehnt, wodurch das Minus in diesem Gebührengesetz weiter wachsen wird.

Am 18. Dezember tagte der Gemeinderat der Marktgemeinde Lavamünd zum letzten Mal im abgelaufenen Jahr. Im Mittelpunkt der Sitzung standen budgetäre Belange. Zum Haushaltsvoranschlag 2010, der in Summe etwa 4,9 Mio. Euro aufweist, sagte Bürgermeister Herbert Hantinger (ÖVP): „Das Budget bereitet uns große Sorgen für die Zukunft. In 13 Jahren als Gemeindevorstand, Bürgermeister und Finanzreferent war die Situation noch nie so schwierig.“ Hantinger spielte damit auf die ursprünglich 441.000 Euro Abgang an, die nach der Kontrolle durch die Gemeindeaufsicht auch nur um 15.900 Euro gesenkt werden konnten und nunmehr als Minus von 425.100 Euro im Anschlag stehen.

Gemeindevorstand Gerd Riegler (SPÖ) zeigte sich enttäuscht, dass „im Budget kein einziger Cent für die Vereine vorgesehen“ sei, obwohl hierfür bisher jährlich immer ca. 24.000 Euro zur Verfügung standen. Er forderte, im Nachtragsvoranschlag Mittel für den Vereinsbereich vorzusehen, was die Zustimmung aller Parteien fand. Skeptisch zeigte sich Riegler über die niedrig angesetzten Budgetposten „Straßen“: „Hier wurde viel eingespart, etwa bei der Schneeräumung. Ob das aber hält, ist fraglich. Wenn nicht, dann könnte unser Abgang noch viel höher werden.“ Im mittelfristigen Finanzplan sind für die Gemeinde Lavamünd auch in den Jahren 2010 bis 2013 ohnehin alljährlich Abgänge ausgewiesen.

### „Schotterschilling“ für Gemeinden

Eingehend diskutiert wurde die „Natur-schutzabgabe nach dem Kärntner Naturschutzgesetz“, der sogenannte „Schotterschilling“. Diese Abgabe werde von den Schottergewinnenden Betrieben direkt an das Land Kärnten abgeliefert - in den letzten Jahren seien das jeweils ca. 100.000 Euro gewesen, die von Lavamünder Betrieben ans Land geflossen seien, erklärte Bgm. Hantinger. Die Erlöse werden kärntenweit zweckgebunden für Naturschutzprojekte eingesetzt.

Hantinger: „Seit 2006 gibt es eine Resolution, mit der eine gesetzliche Änderung gefordert wird, dass diese Abgabe eine reine Gemeindegeldabgabe wird, da der Rückfluss der Mittel in unsere Gemeinde im entsprechenden Umfang nicht gewährleistet ist.“ Laut Hantinger habe man gerade in Lavamünd sehr viel Naturschutz und deshalb auch wenig Möglichkeiten, Geld für sinnvolle Naturschutzprojekte in der Gemeinde zurückzubekommen. „Die Zweckbindung ist nicht einzusehen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten brauchen wir das Geld und wir würden gut wissen, wo wir es sinnvoll einsetzen“, so Hantinger.

Vzbgm. Ruthardt (SPÖ) sagte: „Es ist nicht nachvollziehbar, dass in diesem Fonds viel Geld geparkt ist, man aber keinen Zugriff darauf hat. Man sollte bei den zuständigen Referenten Scheuch und Rohr in der Landesregierung nachfragen, wie man zu dem Geld kommen könnte.“ GV Ing. Rüdiger Zlamy (BZÖ) meinte: „Förderfähige Projekte kosten viel Geld und es läuft dabei immer wieder auf Biotope hinaus.“ Bgm. Hantinger schlug deshalb vor, einen Antrag auf Gesetzesänderung zu stellen, dass der Schotterschilling zur Gänze und ohne Zweckbindung der Gemeinde zukommen solle, was von allen Fraktionen begrüßt wurde.

### Keine Erhöhung der Müllgebühren

Die Müllgebühren waren nach der letzten Sitzung auch diesmal wieder ein Streitthema. Vzbgm. Peter Letschnig (ÖVP) berichtete, dass es in diesem Gebührengesetz 2009 ein Minus von 30.000 Euro gegeben habe und eine Erhöhung deshalb unbedingt nötig sei.

Es entbrannte daraufhin eine Grundsatzdiskussion. GR Reinhard Dellasega (SPÖ) sagte: „Es gibt einen Müllkreislauf, hinter dem eine große Industrie steht, die damit ein gutes Geschäft macht. Auf die Entsorgungskosten haben wir keinen Einfluss, aber der Gemeinderat muss dann neue Gebühren an den Bürger weitergeben. Die jetzige Erhöhung ist nicht zumutbar.“

Vzbgm. Ruthardt (SPÖ) meinte: „Die Müllgebühren müssten um 28% angehoben werden, wer soll das bezahlen? Dabei haben ÖVP und BZÖ im Wahlkampf einen Gebührengesetz gefordert.“ Bgm. Hantinger relativierte, dass

### Wahlzuckerl Gebührengesetz

Aufgrund der Tatsache, dass normaler Hausmüll nicht mehr deponiert werden darf, sondern verbrannt werden muss, sind alle Gemeinden des Lavantals mit gewaltigen Kostensteigerungen in diesem Bereich konfrontiert, die sich auch auf die von den Bürgern zu leistenden Müllgebühren niederschlagen.

Ob sich die Gemeinde Lavamünd mit dem Belassen der alten Müllgebühren selbst und auch ihren Bürgern einen Gefallen getan hat, ist mehr als fraglich, denn Gebührengesetze müssen von Gesetzes wegen nun einmal möglichst ausgeglichen gehalten werden. Nach einem operativen Minus im Jahr 2009 ohne Rücklagen und wieder gänzlich ohne Erhöhung in das neue Jahr zu starten, ist nicht mehr, als den Kopf in den Sand zu stecken. Auch wenn eine Erhöhung um 28 Prozent dramatisch klingt, so sind die Mehrkosten von durchschnittlich 26 Euro im Jahr wohl für jeden Haushalt verschmerzbar.

Die Gebührengesetze sind immer nach den tatsächlichen Ausgaben zu gestalten. Der Gemeinderat ist daher jährlich angehalten, die Gebührengesetze der Gemeinde hinsichtlich Einnahmen und Ausgaben sowie möglichen Einsparungs- und Verbesserungspotentialen zu durchleuchten und gegebenenfalls die Abgaben rechtzeitig anzupassen.

Wenn der Gemeinderat nach dieser gesetzlichen Vorgabe handelt und einzelne Parteien auch mit keinem „Wahlzuckerl Gebührengesetz“ mehr locken, dann sollten künftig die Gebührengesetze ausgeglichen und auch für die Bevölkerung keine großen „Überraschungen“ mehr zu erwarten sein.

### Unfall mit erheblichem Sachschaden

Am Sonntagabend gegen 17.25 Uhr beschädigte ein 57-jähriger Kraftfahrer aus Polen mit seinem Lkw auf einem Parkplatz auf der Autobahn A 2, im Gebiet von Preitenegg mehrere Pkws. Beim Versuch auf die Autobahn wieder aufzufahren beschädigte er auf dem Parkplatz zwei Pkw und in weiterer Folge auf der Ausfahrt auf die Autobahn mehrere Leitfeinrichtung.

Am Sattelfahrzeug entstand ebenfalls erheblicher Sachschaden. Ein Alkotest beim Lenker verlief positiv, der Fahrer hatte 2,04 Promille.